



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 28. Ratssitzung vom 12. Dezember 2018

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2018/351, Antrag 37 und Postulat GR Nr. 2018/462

Gemeinsame Behandlung der Anträge 037. und 038. (Postulat GR Nr. 2018/462).

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): Wegen des Stellenwachstums fordern wir eine Reduktion um ein Prozent. Wir sind der Meinung, dass diese Einsparung möglich ist.

Shaibal Roy (GLP) begründet den Antrag der Minderheit 2 und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 629/2018): Ursprünglich stellten wir den Antrag um eine Erhöhung um 500 000 Franken. Wir reduzierten den Betrag auf 250 000 Franken. Überall werden unter dem Begriff der Digitalisierung neue Stellen geschaffen. Wir mussten jedoch feststellen, dass in der Organisation und Informatik (OIZ) keine solchen Stellen bestehen. Dort wird abhängig von den erteilten Aufträgen reagiert. Wir sind der Meinung, dass gerade nach der stadträtlichen Ankündigung des Strategieschwerpunkts «digitale Stadt» die OIZ aktiv mitgetragen werden soll. Bei der Steuerung dieser Prozesse und Projekte sollen sie eine führende Rolle übernehmen. Die zentrale Koordination bezüglich bestehender IT-Infrastrukturen werden von der OIZ zwar bereits wahrgenommen, aber im Bezug auf die Projektierungen wurde ihr bisher eine untergeordnete Rolle zugeordnet. Das soll nun verstärkt wahrgenommen werden. Die OIZ wurde für ihre Rolle als zentrales Informatikkompetenzzentrum und damit als departementsübergreifende Koordinatorin geschaffen. Alle dort geschaffenen Stellen sollen zumindest eine Verbindung zur OIZ haben; die Steuerung soll dort über die Gesamtausgaben vorgenommen werden. Wir beantragen, dass die OIZ dem Gemeinderat in geeigneter Form regelmässig Bericht über die verschiedenen Digitalisierungsprojekte, über die Auswirkungen auf die städtische IT-Infrastruktur sowie über die langfristigen Kosten erstatten soll. Für die Digitalisierung muss zuerst investiert werden, bevor es zu einem Effizienzgewinn kommen kann. Darum beantragen wir eine Erhöhung um 250 000 Franken. Idealerweise sollen die in der OIZ geschaffenen Stellen durch Stellen anderer Dienstabteilungen alimentiert werden.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Unser Minderheitsantrag ist ähnlich motiviert, wie der von der GLP. Es ist wichtig, dass die OIZ eine gewisse Steuerung und Koordination für die verschiedenen Digitalisierungsprojekte übernimmt. Wir waren aber der Meinung, dass weniger Stellen sinnvoll wären, weshalb wir für zwei Stellen argumentierten. Da der Antrag der GLP nun aber auf 250 000 Franken reduziert wurde, entspricht das beinahe unserem Antrag. Darum ziehen wir ihn zurück und stimmen mit der GLP.



Renate Fischer (SP): Wir sind wie die GLP der Meinung, dass die Digitalisierung der städtischen Verwaltung durch die OIZ koordiniert werden soll. Über das Ausmass der Koordination sind wir uns aber nicht einig. Erst muss definiert werden, welche Aufgaben die Koordinationsstellen erfüllen müssen. Dann kann die notwendige Anzahl der Stellen definiert werden. Die Koordination soll beispielsweise verhindern, dass einzelne Dienstabteilungen für die Digitalisierung von allgemeinen Abläufen von sich aus Informatikfirmen engagieren, die Anwendungen nur für die entsprechende Dienstabteilung programmieren. Leider kam es in der Vergangenheit zu solchen Fällen. Aufgrund dieser Überlegung beantragen wir eine Textänderung, die die fixe Anzahl von fünf Stellen durch die Formulierung «eine angemessene Anzahl» ersetzt. Die Koordinationsstellen sollen innerhalb des Budgets kostenneutral übertragen werden. Da die benötigte Stellenanzahl unklar war, nahm die SP ursprünglich die Haltung ein, dass die Anträge für zusätzliche Stellen bei der OIZ nicht unterstützt werden sollen. Da jetzt die Digitalisierung in allen Dienstabteilungen voranschreitet, muss die Koordination möglichst zeitnahe aufgegleist werden. Gemeinsam mit der GLP und den Grünen werden wir den Antrag unterstützen, der 250 000 Franken für die benötigten Koordinationsstellen vorsieht. Damit soll der OIZ eine gewisse Planungssicherheit ermöglicht werden. Gleichzeitig fordern wir den Stadtrat auf, dass die Übertragung der Stellen durchgeführt wird. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Fällen, in denen die geforderten Stellen geschaffen, aber nicht wie gefordert kompensiert wurden. Mit der Textänderung unterstützt die SP das Postulat und stimmt dem geänderten Antrag der GLP zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die grundsätzliche Stossrichtung des Postulats entspricht der gelebten Praxis. Die OIZ stellt den tragenden Angelpunkt, die Schnittstelle und das Kompetenzzentrum der IT in der Stadt dar. Sie führt nicht alle Aufgaben selbst aus, was nicht effizient wäre. Sie beauftragt Externe für sehr spezifische Anwendungen, wenn diese nicht in der eigenen Dienstabteilung bearbeitet werden können. Ausserdem überprüft die städtische IT-Delegation, welche IT-Angelegenheiten wo geschehen. Jedes Projekt in der Höhe von über 200 000 Franken muss durch die IT-Delegation überprüft werden. Der Stadtrat lehnte das Postulat mit den fünf Stellen ursprünglich ab. In der nun allgemeineren Form können wir das Postulat entgegennehmen und werden es prüfen. Wie es schliesslich genau umgesetzt wird, kann ich noch nicht voraussagen. Erst müssen Diskussionen im Stadtrat und mit dem Direktor der OIZ erfolgen.

Severin Pflüger (FDP): Bei den Überlegungen und Bemühungen zur Digitalisierung in den verschiedenen Dienstabteilung handelt es sich nicht um Wildwuchs, sondern um einen sehr guten und kreativen Prozess, der zum Ziel führt. Aber ein planwirtschaftliches Vorgehen, die Schaffung einer zentralen Stelle für die Digitalisierung und die Ansiedlung beim OIZ greifen zu kurz. Die OIZ ist eine Dienstleistungsstelle und damit ein Ort, an dem Dienstleistungen eingekauft werden – sie ist nicht ein Treiber. Sie kann nicht Koordinationsaufgaben übernehmen. Dafür bestehen andere Gremien, etwa die Informatikkommission. Der Druck muss von der Führung aus kommen. Umgesetzt und durchdacht muss es in der Linie werden. Dann

ist die OIZ einer der möglichen Lieferanten der Digitalisierung. Bei einem Koloss wie der Stadt Zürich kann die Digitalisierung nicht auf planwirtschaftliche Weise umgesetzt werden. Sie muss dort angestossen werden, wo die Menschen arbeiten, die die Prozesse kennen. Erst danach können ähnliche Prozesse und ähnliche Lösungen an anderen Orten angewendet werden. Die FDP wendete sich gegen keine Stelle, die der Digitalisierung in den Departementen und Dienstabteilungen dient. Wir halten es für die richtige Investition; dort kann ein Effizienzgewinn erfolgen. Wenn ein Minister für die Digitalisierung und ein entsprechendes Ministerium für die Digitalisierung geschaffen wird, dann kann die Digitalisierung nicht erreicht werden. Mit den Massnahmen, die die GLP vorschlägt, wird lediglich mehr Bürokratie geschaffen und die Digitalisierung verzögert.

Shaibal Roy (GLP): Die Textänderung der SP nehmen wird an. Dass die Digitalisierung mit der IT zusammenhängt, ist allen bewusst. Wir sind auch der Meinung, dass der Bestellende sagen muss, was er will. Auch dass durch die Schaffung von Koordination ein Effizienzgewinn erzielt werden kann, glaube wir alle. Warum die FDP dann 500 000 Franken bei der OIZ streichen will, kann ich nicht nachvollziehen. Wir wollen zweieinhalb Stellen ermöglichen; von einem Digitalisierungsministerium kann nicht gesprochen werden. Die zweieinhalb Stellen dienen der Koordination der Digitalisierungsprojekte in der OIZ. Die OIZ soll dabei nicht die Funktion eines Bestellers übernehmen, sondern koordinieren und das zusammenführen, was in den Besteller-Units erarbeitet wird.

S. 190	20 2080 3010 00 000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
037.	Antrag Stadtrat			49 902 300	Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		499 000		49 403 300	Minderheit 1	Peter Schick (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
			250 000	50 152 300	Minderheit 2	Shaibal Roy (GLP) Referent, Walter Angst (AL)
			200 000	50 102 300	Minderheit 3	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	SVP: Stellenwachstum und Lohnkostenanstieg bremsen. Reduktion um 1 %; GLP: Kostenneutrale Übertragung von 5 Stellenwerten Digitalisierung an OIZ; Grüne: 2 zusätzliche Stellen für die Steuerung und Koordination von Digitalisierungsprojekten			

Shaibal Roy (GLP) beantragt für den Antrag der Minderheit 2 neu eine Erhöhung um 250 000 Franken.

4 / 5

Felix Moser (Grüne) zieht namens der Grüne-Fraktion den Antrag der Minderheit 3 zurück.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(49 902 300)	4 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(49 403 300)	34 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(50 152 300)	<u>83 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 zugestimmt.

697. 2018/462
Postulat der GLP-Fraktion vom 28.11.2018:
Zentrale Koordinationsrolle und Verantwortung für Organisation und Informatik (OIZ) betreffend Steuerung sämtlicher Digitalisierungsprojekte der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Shaibal Roy (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 629/2018).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2018/351, Beschluss-Nr. 692/2018, Antrag Nr. 038.

Renate Fischer (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Organisation und Informatik (OIZ) eine zentrale Koordinationsrolle und Verantwortung für die Steuerung sämtlicher Digitalisierungsprojekte und der damit verbundenen Investitionsausgaben und benötigter IT-Infrastruktur in der Stadtzugeordnet werden kann. Damit soll sichergestellt werden, dass die Projekte und die Gesamtausgaben stadtweit koordiniert, geprüft und möglichst effizient eingesetzt werden. Hierfür sollen in einem ersten Schritt dafür 5 eine angemessene Anzahl Stellenwerte für Digitalisierungsaufgaben innerhalb des Budgets 2019 kostenneutral an OIZ übertragen werden.

Shaibal Roy (GLP) ist mit der Textänderung einverstanden.

5 / 5

Das geänderte Postulat wird mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat